

## **Zu »Geld regiert die Welt ...« SZ 6. 5. 2010, Teil 1**

Wilfried Heidt am 6. Mai 2010 - 20:10

**Folgender Kommentar von Heribert Prantl erschien heute in der Süddeutschen Zeitung:**

**Finanzmärkte und Demokratie - »Geld regiert die Welt - wer regiert das Geld?  
Das griechische Desaster zeigt: Die Dirigenten der Finanzmärkte haben sich aus der  
Demokratie ausgekoppelt.«**

<http://www.sueddeutsche.de/politik/278/510398/text>

Europa steht am Scheideweg, sagt die Kanzlerin. Dort, am Scheideweg, stehen auch die deutsche und die europäische Demokratie. Aber das hat kaum einer angesprochen in der schicksalhaften Sitzung des Bundestages zur sogenannten Griechenlandhilfe. Geredet wurde von der Zukunft der Wirtschaft, von der Zukunft des Euro, von der Stabilität der Europäischen Union.

Es muss aber auch darüber geredet werden, wie man es wieder hinkriegt, dass in Europa nicht das Geld und die Finanzmärkte das Sagen haben, sondern die Volksvertretungen und die von ihnen gewählten Regierungen. Demokratie ist Selbstbestimmung, die Parlamente sind Organe dieser Selbstbestimmung. Wenn sich das Gefühl verfestigt - sei es in Griechenland, sei es in Deutschland, aus jeweils anderen Gründen - dass Parlamente nur noch Abnickstationen sind für angeblich alternativlose Entscheidungen, dann wird die Demokratie delegitimiert.

Demokratie ist eine Gemeinschaft, in der Menschen ihre Zukunft miteinander gestalten. Die Dirigenten der Finanzmärkte haben sich aus diesem Miteinander ausgekoppelt. Das war und ist die Ursache für die internationale Finanzkrise, in der das griechische Desaster eine neue Etappe darstellt. Banken, die vor zwei, drei Jahren von den Staaten gerettet wurden, wetten und spekulieren jetzt auf den Bankrott ihrer Retter, der Wohltäter von damals. Bisher schreitet die Politik dagegen nicht ein, sie unterbindet solch groben Undank nicht - sondern versucht nur, die schlimmen Folgen dieses groben Undanks zu minimieren.

Kraft und Zukunft demokratischer Politik hängen aber davon ab, klare Regularien für die Finanzmärkte durchzusetzen. Den Währungsspekulanten muss ihr Handwerkszeug weggenommen werden. Finanztransaktionen müssen mit Umsatzsteuer belegt werden. In der Beratung und Verabschiedung solcher Gesetze besteht der "Primat der Politik", von dem Angela Merkel redet, nicht aber im Knüpfen immer gewaltigerer Hilfspakete.

Vor eineinhalb Jahren hat der deutsche Gesetzgeber in vier Tagen das 500-Milliarden-Paket zur Rettung der Banken verabschiedet. In gleicher Hast muss nun das Milliarden-Hilfspaket für Griechenland gepackt werden. Die Schnelligkeit, die von den Abgeordneten verlangt wird, ist nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist die Hilflosigkeit, mit der die Abgeordneten vor solchen Entscheidungen stehen. Sie sind aufgewühlt, vielleicht auch verängstigt von der Dimension dieser Projekte, zu denen es angeblich keine Alternative gibt.

Die ungeheueren Hilfspakete werden als "Ultima Ratio" bezeichnet. Die Bürger werden diese Behauptung nur dann akzeptieren, wenn sie das Gefühl haben, dass im Übrigen Ratio, also politische Vernunft herrscht - welche im Bemühen um die Regulierung der internationalen Finanzindustrie besteht. Wenn die Parlamente zur Kläranlage für die Fäkalien der Finanzmärkte verkommen, muss Demokratiealarm ausgerufen werden.

## **Dazu habe ich einen mehrteiligen Kommentar bei der SZ gepostet:**

### **Teil 1**

*Heribert Prantl* ist Jurist. beim Thema „Demokratie und Finanzmärkte“ ist kreatives Rechtsdenken gefordert! Speziell im Verfassungsrecht:

*Prantl* behauptet gleich eingangs seines Artikels, es hätten sich „die Dirigenten der Finanzmärkte ... aus der Demokratie ausgekoppelt“! Doch wann waren die „Finanzmärkte“ je in die Demokratie integriert? Wo auf der Welt gibt es eine Demokratie, wo das der Fall wäre? Mit Ausnahme der Schweiz, wo das Volk der Helveten seine demokratische Souveränität konstitutionell so ausüben kann, dass auch die Finanzmärkte und ihre Dirigenten in das Geflecht der demokratischen Grundordnung des Landes eingebunden sein könnten. Warum das faktisch auch bei den Eidgenossen jedenfalls „à la hauteur des principes“ nicht realisiert ist, kann hier nicht aufgezeigt werden.

Aber nach der Verfassung der BRD ist der „Finanzmarkt“ – also die Behandlung des Geldes als Ware; als Ware wie Produkte einer Schuhfabrik, nur außer dem noch eingehüllt in einen undurchschaubaren Nebel ganz besonderer „Marktprozeduren“ – ganz gewiss nicht sachgemäß in die Demokratie des Gemeinwesens eingebettet, also in das Feld, auf welchem, der Idee der Sache nach, die mündige Bürgerschaft, „der Souverän“ selbst, zu den Gesetzgebungen den Gemeinwillen sollte bilden können. Denn, so *Heribert Prantl*: „*Demokratie ist Selbstbestimmung*“. Richtig! Doch gleich mit dem nächsten Satz dementiert der schreibende Jurist seine Feststellung wieder. Man liest: „Die Parlamente“ seien „Organe dieser Selbstbestimmung.“ Da stellt sich die Frage: Gab es im Studium der Jurisprudenz zu den Zeiten *Prantls* keinen Professor mehr, der den Studenten die rechtsphilosophische und demokratieaxiomatische Wahrheit des Grundgedankens von *J. J. Rousseau* erklärt hätte, dass der Wille des Volkssouveräns prinzipiell *nicht übertragbar* ist, weil dadurch ein anderer Souverän „gekürt“ würde? Denn dies wäre doch dessen Selbstliquidation zugunsten einer *Fremdbestimmung*!

Genau das aber findet statt, wenn man nach der „herrschenden Lehre“ [h. L.] der Juristen der BRD denkt und handelt. Nach dieser h. L. ist nach dem Grundgesetz die BRD eine *nur*-parlamentarische Demokratie. Doch das ist ein Irrtum, war es schon immer und wurde jetzt auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 30. Juni 2009 [zu den deutschen Begleitgesetzen zum Lissabon-Vertrag der EU] auch höchstrichterlich festgestellt: Unsere Demokratie ist nach dem Grundgesetz eine komplementäre: parlamentarisch und plebiszitär.

Welche Bedeutung das hat und, wenn man dem Urteilsspruch folgen würde, welche Konsequenzen sich daraus zu ergeben hätten für das Thema von *Prantls* Artikel über „Demokratie und Finanzmärkte“: darüber in einem weiteren Teil dieses Kommentars.

Wilfried Heidt

Initiative Neue Soziale Architektur

[Kommentar auf: <http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de/der-grosse-ratschlag> ]